

Adrian Haas, Präsident FDP-Fraktion

Sessionsbericht der Junisession 2014

Der Grosse Rat hat sich in der ersten Session der neuen Legislatur mit verschiedenen Themen befasst. Allerdings war die Session abgesehen von den Wahlgeschäften eher dünn befrachtet. Nachstehend einige Highlights der Session:

Eröffnung

Traditionsgemäss eröffnete der Alterspräsident (Ratsmitglied mit der längsten Amtsdauer) die neue Legislatur, bevor die frisch gewählte Grossratspräsidentin die Sitzungsleitung übernahm. Die Ehre kam unserem geschätzten Fraktionsmitglied Hans-Jörg Pfister zu. Er erinnerte in seiner kurzen Rede daran, dass das Parlament in erster Linie dem Gesamtwohl des Kantons verpflichtet sei, weshalb eine Zusammenarbeit unabhängig vom Parteibüchlein wichtig sei.



Hans-Jörg Pfister eröffnet die neue Legislatur.

Wahl des Präsidiums des Grossen Rates

Zur neuen Grossratspräsidentin wurde Béatrice Struchen (SVP, Epsach) und zum ersten Vizepräsidenten Marc Jost (EVP, Thun) gewählt.

Fürs zweite Vizepräsidium nominierte die FDP-Fraktion einstimmig das neue Ratsmitglied, Carlos Reinhard.

Weil der Grosse Rat Carlos Reinhard noch besser kennen lernen wollte, wurde seine Wahl im Einverständnis der FDP auf das Ende der Session verschoben. Carlos Reinhard wurde schliesslich mit 71 Stimmen gewählt. Er erreichte damit exakt das im ersten Wahlgang notwendige absolute Mehr.

Vor der Wahl hatten vor allem die GLP, die EVP und die SP Kritik am „gewöhnungsbedürftigen“ Vorgehen der FDP geäussert. So würden normalerweise erfahrene Grossräte zur Wahl zum zweiten Vizepräsidenten vorgeschlagen. Diese Vorbringen sind zwar nicht ganz von der Hand zu weisen. Allerdings verfügt Carlos Reinhard über eine 7-jährige Ratserfahrung im Stadtrat von Thun und als Unternehmer mit einer Firma von 80 Mitarbeitern dürfte für ihn Führung sicher kein Fremdwort sein.

Jedenfalls freut sich die FDP-Fraktion über die Wahl, die vorab aufgrund der Unterstützung aus den bürgerlichen Reihen zustande kam, und gratuliert Carlos Reinhard herzlich.



Die Fraktionsvizepräsidentin Katrin Zumstein gratuliert dem neuen Ratsvizepräsidenten Carlos Reinhard.

Wahl des Präsidiums des Regierungsrates

Zur Regierungspräsidentin wurde Barbara Egger (SP) mit 128 Stimmen gewählt. Als Vizepräsidenten wählte der Rat unseren Regierungsrat, Hans- Jürg Käser. Er erreichte mit 133 Stimmen ein tolles Resultat.



Die neu gewählte Spitze der Regierung.

(Wieder-)Wahl des Generalsekretärs des Grossen Rates

Unser Parteimitglied Patrick Trees wurde als Generalsekretär des Grossen Rates mit einem (seine solide Arbeit spiegelnden) Glanzresultat von 150 Stimmen wiedergewählt.



Patrick Trees bleibt Generalsekretär des Grossen Rates.

Wahlen der Kommissionen des Grossen Rates

Mit der neuen Legislatur nehmen neben den drei bisherigen Aufsichtskommissionen auch die neuen Sachbereichskommissionen, die im Rahmen der Parlamentsrechtsrevision geschaffen wurden, ihre Arbeit auf. Alle Kommissionen bestehen aus jeweils 17 Mitgliedern. Die Kommissionspräsidenten wurden wie folgt bestimmt:

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SaK)

Präsident: Walter Messerli (SVP)

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Präsident: Peter Siegenthaler (SP)

Finanzkommission (FiKo)

Präsident: Jürg Iseli (SVP)

Justizkommission (JuKo)

Präsidentin: Monika Gygax (BDP)

Bau-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)

Präsident: Blaise Kropf (Grüne)

Bildungskommission (BiK)

Präsidentin: Elisabeth Zäch (SP)

Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)

Präsidentin: Katrin Zumstein (FDP)

Sicherheitskommission (SiK)

Präsident: Markus Wenger (EVP)



Katrin Zumstein, neue Präsidentin der GSoK, und Peter Sommer, bewährter (Chef-)Stimmzähler.

Die FDP-Fraktion besetzt die ihr aufgrund des Proporztes zustehenden Sitze wie folgt:

Vorname/Name	SAK		Aufsichtskommissionen			Sachbereichskommissionen							
	Ordentl.	Ersatz	GPK	FIKO	JUKO	BaK		BIK		GSoK		SiK	
						Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz
Sitzanspruch FDP	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	1	1
Hans Baumberger		X											X
Eva Desarzens	X										X		
Peter Flück			X				X						
Beat Giaque					X								
Pierre-Yves Grivel	X												
Adrian Haas				X									
Hubert Klopfenstein					X							X	
Hanspeter Kohler										X			
Peter Moser						X							
Philippe Müller												X	
Hans-Jörg Pfister				X			X						
Carlos Reinhard													
C. Schmidhauser								X					
Peter Sommer						X			X				
Hans Rudolf Vogt								X			X		
Dave von Kaenel		X							X				
Katrin Zumstein										X (P)			

PUK-Motion: Die Veranlagungspraxis der bernischen Steuerverwaltung

Die Veranlagungspraxis der bernischen Steuerverwaltung bei Firmen wie der Ammann-Gruppe (und vielen anderen) wird nicht von einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) überprüft. Der Grosse Rat lehnte eine entsprechende Motion der SP deutlich mit 70 zu 37 Stimmen ab. Die Ratsmehrheit folgte damit der Empfehlung der Finanzkommission, die als das zuständige parlamentarische Aufsichtsorgan bereits an der Arbeit ist.

Die FDP hielt einmal mehr klar fest, dass es nicht angehe, Steuerrulings (absolut legale und auch erwünschte Vereinbarungen zwischen den Steuerbehörden und den Unternehmen) nachträglich in Frage zu stellen. Es ist ein wichtiges Wesensmerkmal des Rechtsstaates und eines vertrauenswürdigen Wirtschaftsstandortes, dass sich Unternehmen auf einmal festgelegte Regeln verlassen können.

Projektierungskredit für Campus Technik der Berner Fachhochschule in Biel

Der Grosse Rat sprach sich einstimmig für einen Projektierungskredit von 24,5 Millionen Franken aus. Geplant ist ein Campus für die Departemente Technik und Informatik (TI) sowie Architektur, Holz und Bau (AHB) in der Nähe des Bahnhofs Biel. Mit der Standortkonzentration soll die Berner Fachhochschule im nationalen Wettbewerb gestärkt werden.

Die gesamten Baukosten werden auf 240 Millionen Franken veranschlagt. Gebaut werden soll ab 2018. Bezogen werden soll der Campus im Herbst 2021.

Motion Standesinitiative: Engpassbeseitigung auf der A6 zwischen Bern-Wankdorf und Muri

Mit 116 zu 23 Stimmen sprach sich der Grosse Rat für eine von der FDP initiierte Berner Standesinitiative aus, welche die Engpässe auf dem Autobahnabschnitt zwischen Muri und Bern-Wankdorf beseitigen will.

Motionär Adrian Haas hatte darauf hingewiesen, dass der Bund zwar Willens sei, den Engpass dereinst zu beseitigen. Doch der Bundesrat habe das Vorhaben im aktuellen Engpass-Beseitigungsprogramm ins Modul III zurückgestuft. Dadurch drohe eine massive Verzögerung (Jahr 2040 statt 2030).

Der Regierungsrat begrüsst die Standesinitiative, wie Verkehrsdirektorin Barbara Egger (SP) betonte. „Wir können nicht noch 26 Jahre zuwarten.“ Es brauche ein deutliches Zeichen an Bundesbern, „dass wir eine Lösung brauchen“. Auch Berner National- und Ständeräte setzen sich seit längerem für das vorliegende Bypass-Projekt ein. Zwischen Wankdorf und Muri soll die Autobahn teilweise auf drei Spuren ausgebaut und weitgehend in den Untergrund verbannt werden.

Zusammenführung Zentrum Paul Klee (ZPK) und Kunstmuseum Bern

Der Grosse Rat nahm einen Bericht betr. Zusammenführung des ZPK und dem Kunstmuseum zur Kenntnis. Der Regierungsrat wurde mit einer Planungserklärung zudem aufgefordert, einen Businessplan über beide Häuser zu präsentieren.

Die politische Vorgabe, die diesem Bericht zugrunde lag, war einfach: Es sollen Vorkehrungen getroffen werden, damit das ZPK und das Kunstmuseum zusammenarbeiten bzw. positive Synergien genutzt werden. Die präsentierte Lösung ist dagegen alles andere als einfach: Eine Dachstiftung soll es richten. Deren Mitglieder kümmern sich um strategische Aufgaben. Die operativen Aufgaben, das Tagesgeschäft sozusagen, wird weiterhin in beiden Häusern separat betrieben. Personal wird nicht eingespart. Die neue Struktur soll einzig dafür sorgen, dass die beiden Direktoren regelmässig zusammensitzen, ihre Tätigkeit aufeinander abstimmen und die Ausstellungsplanung koordinieren. Die bisherigen Stiftungen bleiben bestehen, freilich bloss als juristisches Konstrukt. Die Schalthebel werden bei der neu zu gründenden Dachstiftung betätigt. Ob dies der Weisheit letzter Schluss ist, wird sich zeigen. Immerhin ist es ein tauglicher Anfang.

Gesetzes- und Dekretsänderungen zum Umsetzen der ASP-Massnahmen

Der Grosse Rat beschloss diverse Änderungen in verschiedenen Gesetzen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014.

Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2013 des Kantons Bern

Die Jahresrechnung des Kantons Bern weist folgende Eckwerte auf:

- Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung von CHF 157 Millionen (Voranschlag: + 6 Millionen)
- Nettoinvestitionen von CHF 551 Millionen (rund 7 Millionen unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre, 41 Millionen unter dem Voranschlag)
- Positiver Finanzierungssaldo von CHF 180 Millionen (128 Millionen besser als Voranschlag)
- Die Bruttoschuld beträgt 6.94 Milliarden Franken und hat um 47 Millionen leicht abgenommen.
- Die Schuldenquote hat von 13.3 auf 12.6% abgenommen, liegt also weniger stark über der Grenze von 12%, bei der die Schuldenbremse einsetzt.

Das Ergebnis der Rechnung 2013 ist grundsätzlich erfreulich. Dieses kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass zum einen finanzpolitisch zahlreiche Risiken bestehen und zum andern eine dringende Notwendigkeit besteht, Handlungsspielraum zur Stärkung der Standortattraktivität zu schaffen.

Zunächst ist der Kanton Bern mit laufend steigenden Aufwendungen im Alters- und Behindertenbereich konfrontiert. Auch besteht eine grosse Unsicherheit darüber, ob die Nationalbank weiterhin Gewinne in der Grössenordnung von CHF 80 Mio. jährlich (bereits budgetiert und im AFP berücksichtigt!) ausschüttet. Zudem besteht auf Bundesebene die Absicht, den nationalen Finanzausgleich zu revidieren, was gewiss mit Einbussen zu Lasten des Kantons Bern verbunden sein wird. Auch wird die Unternehmenssteuerreform III, welche im Kanton Bern mittels Senkung der Gewinnsteuern nachvollzogen werden muss, zusätzlichen Handlungsspielraum bedingen. Schliesslich erfordert die beschlossene Sanierung der Pensionskassen zusätzliche Mittel und die Reduktion der Handänderungsabgabe wird ebenfalls eine Anpassung der Budgets erfordern.

Der Rat genehmigte den Geschäftsbericht des Kantons 2013 einstimmig.

Gesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien

Seit fünf Jahren wurde am neuen Gesetz gearbeitet, das Ergänzungsleistungen für finanzschwache Familien ermöglichen sollte. Zweimal hat der Grosse Rat dahin gehende Vorstösse überwiesen, letztmals im Herbst 2012. Nun, nach mehrjähriger Ausarbeitung des Gesetzes durch eine grossrätliche Sonderkommission, wollte der Grosse Rat nicht mehr auf das Geschäft eintreten. Die vorberatende Kommission hatte dies selbst so gefordert. Der Entscheid im Grossen Rat fiel mit 90 zu 62 Stimmen deutlich aus. Die FDP unterstützte das Nichteintreten

zum einen aus finanzpolitischen Gründen und zum anderen weil die Sozialsysteme bereits zur Genüge ausgebaut sind.

Neu: Liveübertragung der Ratsdebatte

Seit der Junisession können die Ratsdebatten im Internet live mitverfolgt werden. Dies auf der Internetseite des Grossen Rates unter der Adresse www.be.ch/gr. Zu hören ist der Originalton, also was die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Regierungsmitglieder in ihrer jeweiligen Sprache sagen. Wer sich dies antun will, ist herzlich eingeladen ☺.

Die Simultanübersetzungen auf Deutsch und Französisch werden übrigens nicht übertragen. Aus Kostengründen hat der Grosse Rat auch auf eine Bildübertragung verzichtet. Die Bilder der Anzeigetafeln im Grossratsaal werden jedoch übertragen. Zu sehen sind die Rednerliste, die Abstimmung sowie das Abstimmungsergebnis.

Bern, 12.06.2014